



Entwicklung der Parteienlandschaft bei Bundestagswahlen seit 1949 in der Bundesrepublik Deutschland und in der Landeshauptstadt Wiesbaden

Seit den Wahlen zum ersten Bundestag im Jahre 1949 hat sich die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik immer wieder verändert. Dies betraf sowohl die Zahl der zu den Wahlen angetretenen Parteien als auch deren Wahlerfolge und die daraus resultierende Zusammensetzung des Parlamentes.

Zahl der zur Wahl angetretenen Parteien

Am 26.09.2021 traten bundesweit mit 39 Parteien¹ so viele wie nie zuvor zu einer Bundestagswahl an. Lediglich in den Jahren 1998 und 2017 hatten bereits mehr als 30 Parteien zur Wahl gestanden. Betrachtet man die Entwicklung seit 1949, so zeigt sich, dass in der anfangs noch stark differenzierten Parteienlandschaft relativ schnell Konzentrationseffekte einsetzten und es zu einer Reduzierung der Parteienzahl kam. Die niedrigsten Zahlen wurden in den Jahren 1961 (acht) und 1972 (sieben) erreicht. Danach begann eine Phase zunehmender Pluralisierung. Zwischen 1976 und 1987 variierte die Parteienzahl zwischen

11 und 15, bevor sie mit der Wiedervereinigung auf 23 stieg. 1998 erreichte sie mit 32 einen ersten Höchststand. Nach zwischenzeitlichem Rückgang auf 23 Parteien (2002) erfolgte seitdem ein kontinuierlicher Anstieg.

Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien

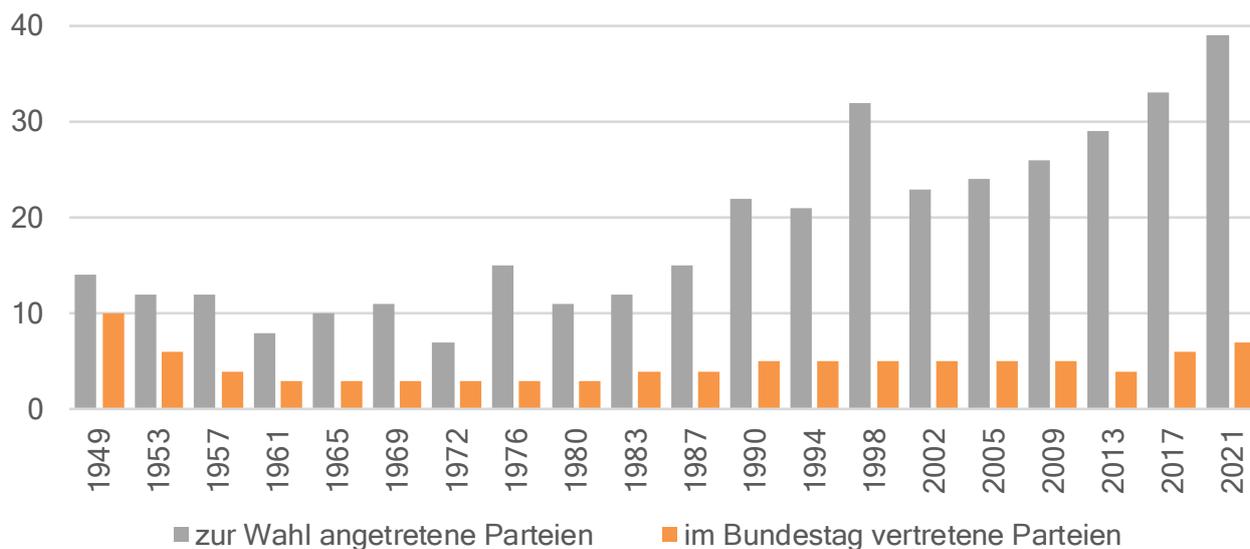
Im Jahr 1949 zogen nach der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag 10 Parteien sowie drei Parteilose in das neu geschaffene Parlament der Bundesrepublik Deutschland ein. In der Folge kam es schnell zur Etablierung von nur wenigen Parteien, die die 1953 eingeführte Sperrklausel von fünf Prozent erreichten. Damit reduzierte sich die Zahl der in den Bundestag gewählten Parteien rasch und deutlich. Von 1957 bis zum Einzug der GRÜNEN im Jahr 1983 bestand der Bundestag aus nur drei Parteien. 1990 zogen mit der PDS erstmals seit 1953 wieder mehr als vier Parteien ins Parlament ein². Im aktuellen Bundestag sind sieben Parteien vertreten - ein Wert, der seit 1949 nicht mehr erreicht worden war.

¹ CDU und CSU wurden hierbei als eine Partei (CDU/CSU) gezählt.

² In den neuen Bundesländern trat die Partei „BÜNDNIS 90/GRÜNE“ an, während in den alten Bundesländern „DIE

GRÜNEN“ zur Wahl standen. Beide Parteien schlossen sich am 14.05.1993 zu „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ zusammen. In der vorliegenden Statistik werden beide Parteien bereits zur Wahl zusammengezählt.

Anzahl der zur Wahl angetretenen sowie der im Bundestag vertretenen Parteien



Amt für Statistik und Stadtforschung

Bindungskraft der „Volksparteien“

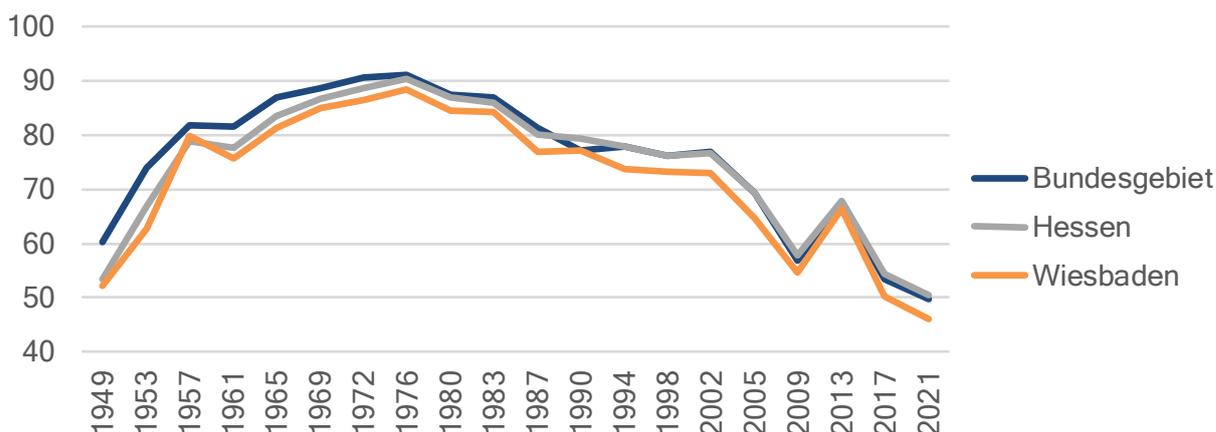
Bereits mit der Wahl zum ersten Bundestag kristallisierten sich mit der CDU/CSU und der SPD jene beiden Parteien heraus, die seitdem in der Regel die deutlich stärksten Fraktionen bildeten und auch als die „großen Volksparteien“ bezeichnet wurden. Die Wähleranteile, die diese beiden Parteien zusammen erringen, dienen als Maß für die „Bindungskraft“ der Volksparteien.

Mit der Konzentration der Parteienlandschaft nahm die Bindungskraft schnell zu, sodass auf **Bundesebene** bereits 1957 mehr als 80 % aller Zweitstimmen auf CDU/CSU und SPD entfielen. Spitzenwerte von mehr als 90 % wurden in den Wahlen 1972 und 1976 erreicht. Danach sanken die kumulierten Zustimmungswerte der Volksparteien zunächst relativ langsam auf 77 % im Jahre 2002. Unterbrochen von einem zwischenzeitlichen Erstarren 2013 ging in der Folge die Bindungskraft deutlich zurück. Bei der aktuellen Wahl erreichten CDU/CSU und SPD zusammen auf Bundesebene erstmals weniger als 50 % der gültigen Zweitstimmen.

Vergleicht man diese bundesweiten Ergebnisse mit jenen in **Hessen**, so ist festzustellen, dass die Bindungskraft der Volksparteien im Land Hessen bis 1972 um 2 bis 7 Prozentpunkten unter der bundesweiten lag. Seitdem unterscheiden sich die Werte zumeist nur wenig von denen auf Bundesebene (Ausnahme: 1990 konnten die Volksparteien in Hessen insgesamt 2 Prozentpunkte besser abschneiden als im Bund).

In **Wiesbaden** schnitten bei allen bisherigen Bundestagswahlen die beiden Volksparteien gemeinsam schwächer ab als im bundesweiten Ergebnis. Die größte Differenz hinsichtlich der Bindungskraft konnte 1953 festgestellt werden (-11,2 Prozentpunkte). Nach zwischenzeitlicher Annäherung, insbesondere bei den Wahlen 2013, ist die Differenz in jüngster Zeit erneut deutlich größer geworden: 2021 erreichten CDU und SPD zusammen in Wiesbaden nur 46 %.

Bindungskraft der „Volksparteien“ (in %)



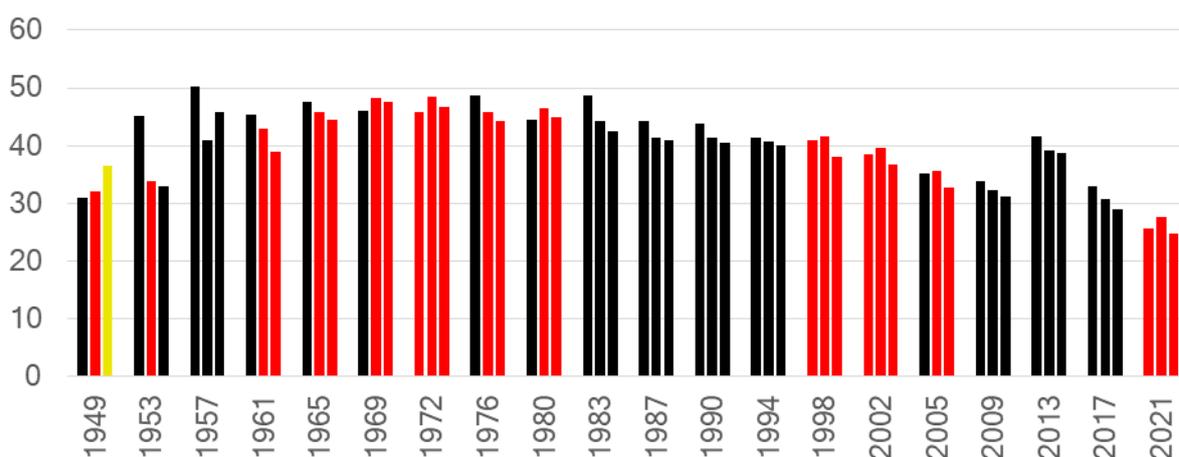
Amt für Statistik und Stadtforschung

Die stärksten Parteien

Auf **Bundesebene** konnten seit 1949 lediglich die CDU/CSU oder die SPD bei Bundestagswahlen als stärkste Kraft hervorgehen, wobei die Union bei 16 Wahlen die stärkste Partei wurde, die SPD dagegen bei vier Wahlen (1972, 1998, 2002 und 2021). Ganz anders dagegen die Verteilung in **Hessen**: hier erzielte die SPD bei der Mehrzahl der Bundestagswahlen (12) ein besseres Ergebnis als die

CDU (8). Die Union konnte 1957 sowie von 1983 bis 1994 und von 2009 bis 2017 die SPD hinter sich lassen. In **Wiesbaden** wiederum gelang es bei den ersten Bundestagswahlen der FDP als stärkste Kraft abzuschneiden, während 1953 die CDU vor der SPD lag. Seit 1957 kam es hinsichtlich der Partei mit dem höchsten Stimmenanteil zu keinen Abweichungen mehr zwischen Wiesbaden und Hessen.

Ergebnisse der stärksten Parteien (in %)



je Bundestagswahl:
 Bundesgebiet (erster Balken), Hessen (zweiter Balken) und Wiesbaden (dritter Balken)
 CDU (schwarz), SPD (rot), FDP (gelb)

Amt für Statistik und Stadtforschung

Parteien mit Ergebnissen von jeweils weniger als 5 %

1949 gab es insgesamt zehn Parteien mit einem bundesweiten Ergebnis von jeweils weniger als 5 %. In Summe gewannen diese Parteien 22,1 % aller Stimmen. Es handelte sich dabei ausnahmslos um Parteien, die in Hessen nicht zur Wahl angetreten waren. Alle fünf in Hessen zur Wahl angetretenen Parteien erzielten sowohl im Bundesland als auch in der Landeshauptstadt Ergebnisse von mehr als 5 %.

Bereits mit der Wahl zum zweiten Bundestag 1953 glichen sich die Verhältnisse auf Bundes-, Landes- und Stadtebene deutlich an. Im Bund sanken sowohl die Zahl der Parteien, die an der 5 %-Sperrklausel scheiterten als auch deren kumulierte Stimmanteile. Auch in Hessen und in Wiesbaden konnten nicht mehr alle angetretenen Parteien mehr als 5 % erreichen. Anschließend war bis in die 80er Jahre zwar eine steigende Zahl an kleinen Parteien zu verzeichnen, diese spielten jedoch in den Wahlergebnissen vielfach nur eine marginale Rolle: so kamen 1972 neben den drei in den Bundestag gewählten Parteien insgesamt vier weitere Parteien zusammen nur auf weniger als 1 % aller Stimmen. Oder anders ausgedrückt: die im Bundestag vertretenen Parteien repräsentierten mehr als 99 % aller Wähler.

1980 erreichten die erstmals angetretenen GRÜNEN 1,5 % und erhöhten damit den Gesamtanteil der an der 5 %-Hürde gescheiterten Parteien erheblich. Mit dem Einzug der GRÜNEN in den Bundestag bei den darauffolgenden vorgezogenen Neuwahlen sank dieser Wert wieder ab auf weniger als 1 %. Mit

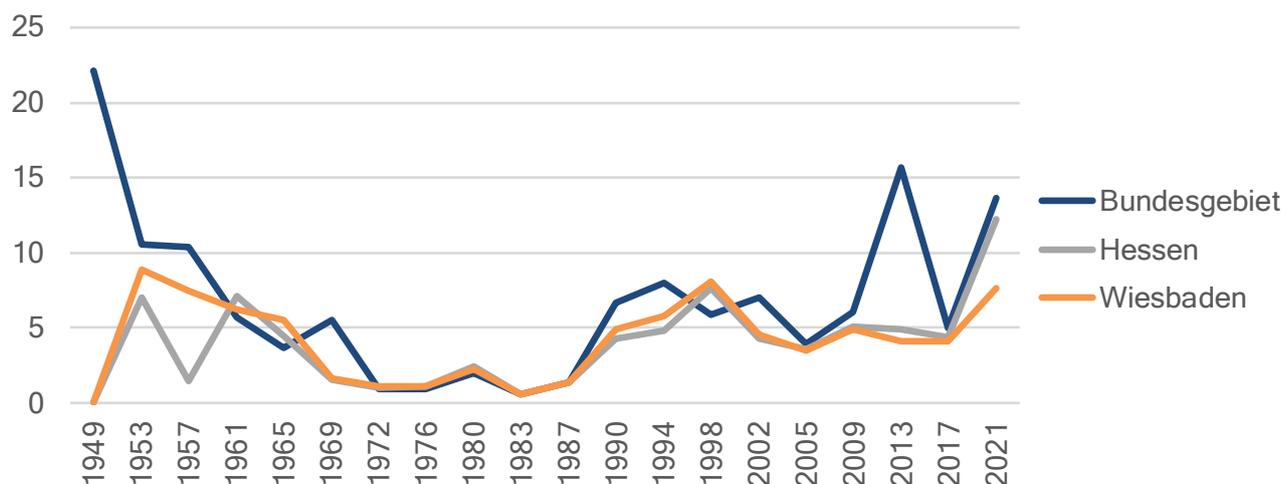
den ersten Wahlen im wiedervereinten Deutschland nahmen dann die Ergebnisse der kleineren Parteien zu, die den Einzug ins Parlament nicht schafften. 1990 erhielten mit der PDS sowie den Republikanern zwei Parteien jeweils über 2 % der Wählerstimmen. Bei der Bundestagswahl 1998 konnte die PDS im Bund die Sperrklausel überwinden und erlangte erstmals Fraktionsstatus im Bundestag. In Hessen wie auch in Wiesbaden blieb die Partei dagegen unter 5 %, was zusammen mit einem überdurchschnittlichen Abschneiden der Republikaner dazu führte, dass die Gesamtstimmanteile der „sonstigen“ Parteien in diesem Jahr hier höher lagen als im Bund.

Bei der Bundestagswahl 2013 rutschte die FDP unter 5 %, während die erstmals angetretene AfD mit 4,7 % nur relativ knapp an der Sperrklausel scheiterte und daneben auch PI-RATEN (2,3 %) sowie NPD (1,2 %) Ergebnisse von mehr als 1 % erreichten. In Hessen wie auch in Wiesbaden gewann die FDP jeweils mehr als 5 % der Stimmen. Im Jahr 2017 sank mit dem Wiedereinzug der FDP sowie dem Einzug der AfD in den Bundestag der Anteil der sonstigen Parteien wieder deutlich.

Dass bei der aktuellsten Wahl der Stimmanteil der Parteien mit weniger als 5 % wieder stark stieg, ist auf zwei Ursachen zurückzuführen: DIE LINKE rutschte auf unter 5 % ab³ und die Zahl der insgesamt angetretenen Parteien nahm deutlich zu. Drei weitere Parteien kamen auf ein Ergebnis von jeweils 1 bis 2,5 %, und weitere 30 konnten jeweils weniger als 1 % der Stimmen erringen. In Wiesbaden blieben die LINKEN über einem Ergebnis von 5 %, sodass die Anstieg der kumulierten Anteile der sonstigen Parteien hier deutlich geringer ausfiel.

³ Trotz Unterschreitung der Sperrklausel konnte DIE LINKE jedoch aufgrund errungener Direktmandate in den Bundestag einziehen.

Ergebnisse von Parteien mit jeweils weniger als 5 % (in %)



Amt für Statistik und Stadtforschung

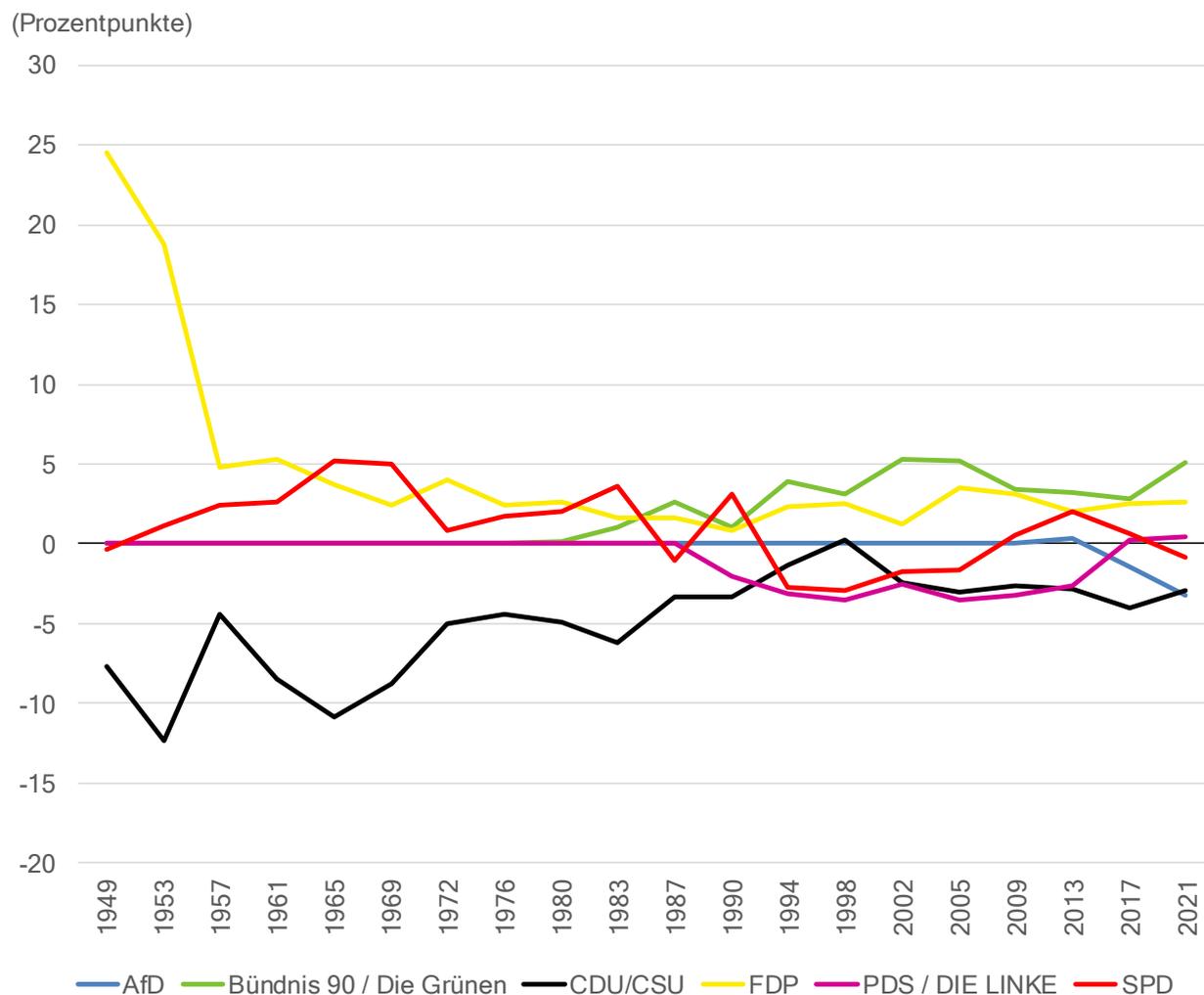
Ergebnisse in Wiesbaden im Vergleich zum Bund

Vergleicht man die Ergebnisse der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien, die diese seit 1949 in Wiesbaden bzw. auf Bundesebene erreichten, so ist festzustellen, dass die FDP und die GRÜNEN in der Landeshauptstadt durchgehend besser abschnitten als im Bund. Insbesondere bei den ersten beiden Wahlen 1949 und 1953 gelangten der FDP in Wiesbaden Ergebnisse, die die Bundesergebnisse um 24,5 bzw. 18,8 Prozentpunkte übertrafen. 1949 gingen die Liberalen in Wiesbaden sogar mit über 36 % als stärkste Kraft hervor, während sie bundesweit auf „nur“ knapp 12 % kamen. Seit Mitte der 1970er Jahre erzielt die Partei in Wiesbaden im Schnitt ein um 2,2 Prozentpunkte besseres Ergebnis als im Bund. Seit ihrem ersten Antreten 1980 können auch die GRÜNEN in Wiesbaden durchweg besser abschnitten als auf Bundesebene. Seit 1987 ist sie diejenige unter den im

aktuellen Bundestag vertretenen Parteien, deren Wiesbadener Resultate am deutlichsten über den deutschlandweiten Gesamtergebnissen liegen. Auch die SPD konnte über lange Zeiträume in Wiesbaden überdurchschnittlich abschneiden. Die CDU dagegen schnitt nur ein einziges Mal bei einer Bundestagswahl in Wiesbaden besser ab als in Deutschland: 1998 mit einem Plus von 0,2 Prozentpunkten.

Die relative Stärke insbesondere der GRÜNEN und der FDP sind maßgebliche Ursachen für die bereits beschriebene geringere Bindungskraft, die die großen „Volksparteien“ CDU und SPD in Wiesbaden entfalten können und zählen so zu jenen Charakteristika, in denen sich die Parteienlandschaft der Landeshauptstadt von derjenigen auf Bundesebene unterscheidet.

Abweichung der Ergebnisse der Parteien: Bundesgebiet und Wiesbaden



6

Lesebeispiel

Der Zweitstimmenanteil der CDU lag 1949 in Wiesbaden um 7,6 Prozentpunkte niedriger als im Bundesgebiet.

Amt für Statistik und Stadtforschung

Bearbeiter: Thomas Christ

Impressum

Landeshauptstadt Wiesbaden
 Amt für Statistik und Stadtforschung
 Wilhelmstraße 32, 65183 Wiesbaden
 ☎ +49 (0)6 11 31 56 91



statistik@wiesbaden.de
 www.wiesbaden.de/statistik

November 2021



Druckerei

DruckCenter der Landeshauptstadt Wiesbaden

Bildnachweis

Skyline Wiesbaden: www.shutterstock.com